



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 26. November 2025

5448. 2024/461

Postulat von Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom 25.09.2024:

**Reduzierung des administrativen Aufwands für das medizinisch tätige Personal
in den städtischen Gesundheitseinrichtungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Thomas Hofstetter (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3754/2024): *Wie wir alle wissen, steht das Gesundheitswesen unter enormem Druck. Der Fachkräftemangel ist real spürbar und die Versorgungssicherheit leidet. Trotzdem leisten Ärztinnen, Ärzte und Pflegefachpersonen Tag für Tag Grossartiges, obwohl sie immer häufiger an ihre Grenzen kommen. Der Hauptgrund dafür ist durch die ausufernde administrative Belastung hausgemacht und strukturell bedingt. Mehrere Studien zeigen, dass das medizinische Personal rund ein Viertel der Arbeitszeit, das heisst etwa zwei Stunden pro Tag, mit Administration verbringen muss. Das ist Zeit, die nicht am Patientenbett stattfindet. Es handelt sich somit um verlorene Versorgungszeit. Eine Fachhochschul-Befragung aus dem Jahr 2019 bestätigt das deutlich. 25 Prozent der Arbeitszeit von Ärztinnen und Ärzten gehen in die administrative Dokumentation, Tendenz steigend. Das gleiche zeigt der CNO-Barometer, der für Pflegefachpersonen ermittelt, wie viel administrativen Aufwand sie haben. Fast die Hälfte der Befragten bezeichnet die Reduktion der Administration als dringend notwendig. Doch was bedeutet die administrative Überbordung für die Patientinnen und Patienten und für das Personal? Erstens bedeutet es ein Risiko für Burn-outs und psychische Erkrankungen: Internationale Studien, etwa aus den USA, Deutschland und Skandinavien, zeigen übereinstimmend, dass bürokratische Anforderungen ein Haupttreiber von Burn-outs im Gesundheitswesen sind. Wenn man sich nicht mehr auf die eigentliche Kernkompetenz wie die Behandlung von Menschen konzentrieren kann, entsteht Frust, emotionale Erschöpfung und die Flucht vor beruflicher Identifikation. Zweitens kommt es zur inneren Kündigung und Abwanderung: Viele Pflegefachpersonen, Ärztinnen und Ärzte berichten, dass sie mehr Zeit vor dem Bildschirm verbringen als beim Patienten. Der Beruf, den sie mit Idealismus gewählt haben, entfernt sich immer weiter von seiner ursprünglichen Aufgabe. Dass immer mehr Fachkräfte den Beruf verlassen oder das Pensum reduzieren, überrascht daher nicht. Gerade im Pflegebereich ist das ein zentraler Grund für die hohe Austrittsquote. Drittens geht es*

um die Gefährdung der Patientensicherheit: Wenn die Dokumentationspflicht überhandnimmt, wird sie entweder am Feierabend gemacht, was zu Übermüdung führt, oder sie muss zwischen zwei Handgriffen erledigt werden. Beides führt zu einer verminderten Qualität und erhöht die Wahrscheinlichkeit von Fehlern. Viertens die Ineffizienz durch Doppelprüfungen: In vielen Einrichtungen müssen Patientendaten in verschiedenen Systemen mehrfach eingegeben werden. Unterschiedliche Softwarelösungen kommunizieren miteinander. Elektronische Dossiers werden zusätzlich in Papierform geführt. Das bindet Personal, was dringend bei der Versorgung der Patientinnen und Patienten benötigt wird. Genau da setzt unser Postulat an. Wir fordern den Stadtrat auf zu prüfen, wie er die administrativen Aufwände in den städtischen Gesundheitseinrichtungen nachhaltig reduzieren kann. Mit modernen, intelligenten und datenschutzkonformen Lösungen. Dazu gehört die erweiterte Digitalisierung, die tatsächlich Zeit spart und keine neuen Hindernisse schafft, der Abbau von Doppelprüfungen in der Dokumentation, der gezielte Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) für repetitive, regelbasierte Aufgaben oder mobile Geräte wie Tablets, die eine lückenlose und ortsnahe Dokumentation erlauben. Wir reden nicht von technologischem Selbstzweck, sondern von einer echten Entlastung, die nachweislich mehr Zeit für die direkte Patientenversorgung schafft. Das ist uns wichtig. Wenn wir die administrative Last pro Fachperson nur um eine Stunde pro Tag reduzieren können, gewinnen wir im Endeffekt Hunderte Vollzeitstellen. Und das, ohne eine zusätzliche Person einzustellen – in einer Zeit der stetig steigenden Gesundheitskosten. Es ist eine Frage der Verantwortung. Da man um Pflegefachkräfte, Ärztinnen und Ärzte ringen muss, können wir uns schlicht nicht mehr leisten, das wertvollste Gut – ihre Zeit – mit unnötiger Bürokratie zu blockieren. Unterstützen Sie das Postulat für all jene, die sich Tag für Tag um die Gesundheit der Menschen in unserer Stadt kümmern.

Yves Peier (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 23. Oktober 2024 gestellten Textänderungsantrag: *Das Postulat hat uns aus den Socken gehauen. Dem wollten wir uns gleich anschliessen. Unsere Textänderung lautet:*

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie der administrative Aufwand für das medizinisch tätige Personal in den städtischen Gesundheitseinrichtungen (Stadtklinik Zürich, Gesundheitszentren für das Alter, Suchtfachklinik, Stadtärztlicher Dienst, etc.) sämtlichen städtischen Einrichtungen reduziert werden kann. Dabei sollen eine erweiterte Digitalisierung, die Reduzierung von Doppelprüfungen in der Dokumentation sowie der Einsatz von KI und Tablets (nicht abschliessende Liste) in Betracht gezogen werden. Bei der Umsetzung soll dem Datenschutz und der Transparenz ein hoher Stellenwert zugeordnet werden, da es sich um einen Bereich mit hochsensiblen Daten handelt.

Weitere Wortmeldungen:

Patrick Stählin (GLP): *Es ist nicht das erste Postulat, das in diese Richtung zielt, und wird wahrscheinlich auch nicht das letzte sein. Wer kann einer solch populistischen Forderung nach mehr Effizienz widersprechen. Das Thema der Effizienz ist zumindest im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) längst angekommen. Es wird gelebt und es wird darauf geachtet, Prozesse schlank zu halten. Das Globalbudget setzt genügend Anreize und Vorgaben, um Mehrspurigkeit zu verhindern. Die geforderten Massnahmen sind Digitalisierung, Reduzierung von Doppelprüfungen in der Dokumentation sowie der*

*Einsatz von KI und Tablets. Aus eigener Berufserfahrung kann ich sagen, dass eine erfolgreiche Digitalisierung mehr umfasst, als Tablets zu verteilen und eine KI-Software einzubauen. Digitalisierung muss immer mit Prozessanalysen einhergehen. Es braucht ständige Anpassungen an existierender Software. Solche Neuentwicklungen können schnell kostspielig sein. Manchmal sind ein Stück Papier und Stift effizienter als ein Tablet, das man nachher noch putzen muss. Bei der Dokumentation gibt es viele Vorgaben von Bund, Kanton und Versicherungen. Da müsste man ansetzen. Reden Sie doch mal mit Ihren Kolleg*innen Nationalrät*innen. Dem unveränderten Postulat werden wir trotzdem zustimmen.*

Samuel Balsiger (SVP): Sie reden vom Fachkräftemangel, dabei kommen immer mehr Leute in unser Land. Offenbar kann der Fachkräftemangel nie aufgefangen werden. Das ist logisch, wenn man bedenkt, dass netto 1,7 Millionen Ausländer in den letzten 20 Jahren in die Schweiz eingewandert sind. Nachgerechnet würden wir 1600 Ärzte, 2600 Spitalbetten und 32 000 Spitalangestellte benötigen, um das aufzufangen. Die müssten wir suchen, einstellen, einarbeiten und zahlen, damit wir die Zuwanderung verkraften könnten. So erklärt sich auch der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen. Das Grundproblem der masslosen Zuwanderung müssen wir in Bundesbern lösen.

Thomas Hofstetter (FDP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Das Postulat handelt von Gesundheitseinrichtungen. Wenn wir die Textänderung übernehmen sollen, schreib bitte ein neues Postulat und reiche es heute Abend ein, Yves Peier (SVP).

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt das Postulat selbstverständlich. Wenn nicht hier, wo sonst kann man effizienter werden und Kosten einsparen. Täglich höre ich von meinem Umfeld, wie mühsam der administrative Aufwand des medizinisch tätigen Personals ist. Digitalisierung muss man nutzen und ich bin überzeugt, dass das möglich ist, Entlastung bringt und schlussendlich dazu führt, dass die Personen wieder medizinisch sinnvollen Tätigkeiten nachgehen können. Das ist unbestritten. Wie man gegen dieses Postulat sein kann, verstehe ich nicht.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Wenn wir auf Ausländerinnen und Ausländer verzichten würden, würde das Gesundheitssystem zusammenbrechen. Und zwar nicht nur im medizinischen Bereich, sondern auch in der Pflege und insbesondere beim Reinigungs- und Logistikpersonal. Grundsätzlich finden wir den Vorstoss gut. Wer kann heutzutage etwas gegen Digitalisierung haben. Dennoch möchte ich anmerken, dass Digitalisierung keine Eier legende Wollmilchsau ist, sondern teilweise mehr Probleme verursacht als zu lösen. Das neue Tarifsystem TARDOG wird nächstes Jahr eingeführt und führt dazu, dass wir innerhalb von 24 Stunden abrechnen müssen. Ansonsten kriegen wir Probleme mit der Verwaltung. Das wiederum löst Prozesse innerhalb des Spitals aus. Digitalisierung kann in gewissen Bereichen tatsächlich für mehr Kontrolle, Transparenz und Effizienz sorgen. Manchmal ist aber genau das ein Problem. Lustig ist, dass die FDP zum Postulat greift. Ich hätte an dieser Stelle eine Motion erwartet, da Digitalisierung kostet. Wer A sagt, muss auch B sagen. Besonders wenn gemäss dieser Partei Gesundheit nicht in die öffentliche Hand gehört, sondern den Privaten zusteht. Aktuell sehen wir die Vorteile einer

Dienstabteilung Stadtspital, die es Ihnen erlaubt, Ihre guten Ideen einzuspeisen, damit wir sie besprechen und an STR Andreas Hauri überweisen können. Wenn Sie mal wieder so eine gute Idee haben, packen Sie sie nächstes Mal in die richtige Form. Dann geben wir Ihnen mit mehr Kraft und Lust recht. Wir unterstützen den Vorstoss.

Pascal Lamprecht (SP): *Ich denke STR Andreas Hauri wird sich noch dazu äussern, ob es sich hier um einen reinen Prüfauftrag handelt oder dieser direkt in die Umsetzung geht. Ich danke bereits, dass sich eine breite Mehrheit für den Vorstoss abzeichnet. Aus meiner Sicht beinhaltet er zwei Elemente. Zum einen hatten wir in den letzten 20 Jahren stark steigende Gesundheitskosten bei einer Inflationsbereinigung von 50 Prozent. Übrigens sind die Krankenkassenprämien noch viel höher gestiegen. Bei diesem Ärgernis sehen wir klaren Handlungsbedarf. Jeden Stein wollen wir aufheben und umdrehen. Zum anderen kommt der Fachkräftemangel hinzu. Meistens wollen Menschen, die im medizinischen Bereich tätig sind, eben keinen Bürojob machen. Häufig wurde Digitalisierung als Massnahme genannt, die meistens hilfreich ist. Dabei gibt es andere Varianten: Das Personal kann bei der Gestaltung standardisierter Prozesse miteinbezogen und darauf geschult werden. Die Fehlerquote bei handschriftlichen Notizen ist bspw. sehr hoch und der Schreibaufwand nicht zu unterschätzen. Im Vergleich zu anderen Ländern stellt sich die Schweiz in Sachen standardisierte Abläufe und digitale medizinische Begleitung eher hinten an. Diesbezüglich sind wir nicht nur froh um ausländische Mitbürgerinnen und -bürger, damit sie uns helfen, sondern wegen des Wissens- und Erfahrungsaustauschs, wie Abläufe optimiert werden könnten. Die Textänderung der SVP schiesst am Ziel vorbei. Gewissermannen verstehe ich sie. Die SVP könnte einen Vorstoss in diese Richtung schreiben, aber das tut sie nicht, weil sie keinen konstruktiven Beitrag dazu leisten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Tatsächlich ist gegen das Postulat nichts einzuwenden. Die Optimierung von Prozessen zählt zu den täglichen Aufgaben des Stadtspitals. Seitens des Bundes, des Kantons und der Krankenkassen haben wir aber eine Vielzahl an Rahmenbedingungen, die wir einhalten müssen. In den letzten Jahren hat das Stadtspital im Bereich der Digitalisierung massiv zugelegt. Deutlich wird das auch, wenn wir neue Themen in der Kommission präsentieren. Diesen Prozess verfolgen wir weiterhin. Richtigerweise gibt es in allen Spitälern der Schweiz ein grosses Digitalisierungspotenzial, ob klassisch oder durch KI unterstützt, hinsichtlich des innerbetrieblichen Ablaufs oder im Kontakt mit Patientinnen und Patienten. Daher ist der Stadtrat bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir kein einzelnes Projekt starten, bei dem wir nur diese Forderung angehen. Im Gespräch mit der Spitalleitung werden diese Themen regelmässig behandelt und daraus erfolgen stets einzelne Schritte, um administrative Abläufe zu vereinfachen, verringern oder digitalisieren. Das ist ein wichtiger Prozess.*

5 / 5

Das Postulat wird mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat